

# Gleich(ermaßen) gültig: Freigabe, pfändungsfrei, unpfändbar – ist das tatsächlich einerlei?

von Dipl.-Rpflin Sylvia Wipperfürth, LL.M. (com.)

## 1. Die Insolvenzmasse

Welche Vermögenswerte Bestandteil der Insolvenzmasse sind, bestimmt sich nach §§ 35 Abs. 1, 36 Abs. 1 bis 3 InsO.

§ 35 Abs. 1 InsO legaldefiniert die Insolvenzmasse als das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt. Hierbei kommt es auf die Frage der Rechtsinhaberschaft des Schuldners in Bezug auf jeden einzelnen Vermögenswert an.

§ 36 Abs. 1 InsO schränkt die Insolvenzmasse (mit Bedeutung im Wesentlichen für natürliche Personen) grundsätzlich auf das pfändbare, schuldnereigene Vermögen ein. Gem. § 36 Abs. 1 Satz 1 InsO gilt, dass Gegenstände, die nicht der Zwangsvollstreckung unterliegen, nicht zur Insolvenzmasse gehören. § 36 Abs. 1 Satz 2 InsO verweist auf einzelne Normen der ZPO, die im Insolvenzverfahren entsprechend Anwendung finden.

§ 36 Abs. 2 InsO sieht Ausnahmen vor, die für selbstständig tätige Schuldner gelten, § 36 Abs. 3 regelt eine besondere Bestimmung für Hausrat; beides ist jeweils ein hoch spannendes Thema, steht aber heute nicht im Fokus.

Im Blickpunkt soll in diesem Beitrag vielmehr eine andere Fragestellung stehen: Sind die rechtlichen Wirkungen einer Freigabe eines einzelnen Vermögensgegenstandes aus dem Insolvenzbeschluss identisch mit der Wirkung, die § 36 Abs. 1 InsO über die Unpfändbarkeit eines Gegenstandes und des deswegen fehlenden Insolvenzbeschlages beschreibt?

## 2. Unpfändbarkeit eines Vermögensgegenstandes

### 2.1 Voraussetzungen der Unpfändbarkeit

Gem. § 36 Abs. 1 InsO ist ein Vermögensgegenstand auch dann, wenn der Schuldner Rechtsinhaber ist (§ 35 Abs. 1 InsO), nicht Bestandteil der Insolvenzmasse, wenn die Voraussetzungen der Unpfändbarkeit vorliegen. Diese ergeben sich aus der einschlägigen Norm der ZPO, z.B. bzgl. Beweglicher Sachen aus § 811 ZPO. Aus § 36 Abs. 1 Satz 2 InsO i. V. m. (exempl.) §§ 850, 850c, 850e ZPO ergibt sich die (ggf. anteilige) Unpfänd-

barkeit für Arbeitseinkommen oder an dessen Stelle tretende laufende Bezüge. § 36 Abs. 1 Satz 2 InsO i.V.m. (exempl.) §§ 850k f., 899 ZPO regelt die Unpfändbarkeit für „Bankguthaben“ (den Auszahlungsanspruch des Schuldners aus einem Zahlungsdiensterahmenvertrag; „P-Konto“, hier: Grundfreibetrag gem. § 899 ZPO).

Unpfändbarkeit kann sich auch aufgrund einer Initiative des Schuldners nach entsprechender (insoweit konstitutiver) Beschlussfassung des Insolvenzgerichts als besonderes Vollstreckungsgericht (§ 36 Abs. 4 Satz 1 InsO) ergeben. So kann der Schuldner z.B. unter den Voraussetzungen der § 36 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 850f Abs. 1 ZPO die Erhöhung der Pfändungsfreigrenze zum Einkommen oder unter den Voraussetzungen der §§ 36 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 906 Abs. 2, Abs. 3 ZPO eine abweichende Festsetzung der Freibetragsgrenze zum „Bankguthaben“ erwirken<sup>1</sup>.

Die Unpfändbarkeit wird demnach **entweder vom Gesetzgeber** unter bestimmten Voraussetzungen etabliert oder ist vom Schuldner initiativ (durch



**Dipl.-Rpflin Sylvia Wipperfürth, LL.M.** ist Leiterin des SIIW Sachverständigen-Instituts für Insolvenz- und Wirtschaftsrecht, Referentin, Autorin und Mediatorin BM® sowie gerichtlich bestellte Sachverständige (Schlussrechnungsprüfung).

<sup>1</sup> Bezifferte abweichende Festsetzung oder eine solche unter Bezugnahme auf die Quelle entspr. BGH v. 10.11.2011 - VII 43

64/10, „Quellenpfändungsschutz“ (siehe auch BT-Drucks. 19/19850 S. 43)

entsprechenden Antrag) zu erwirken. In letzterem Falle ist sie erst dann und insoweit gegeben, als das **Insolvenzgericht** als besonderes Vollstreckungsgericht (§ 36 Abs. 4 Satz 1 InsO) diesem Antrag durch **Beschlussfassung** folgt (**konstitutive Wirkung** der gerichtlichen Entscheidung).

Jedenfalls ist weder in der Insolvenzordnung noch in der Zivilprozessordnung vorgesehen, dass die Unpfändbarkeit durch eine Erklärung des Insolvenzverwalters erwirkt werden kann.

In allen Fällen ist der Vermögenswert dann gem. § 36 Abs. 1 InsO i. V. m. der einschlägigen ZPO-Vorschrift nicht (mehr) Insolvenzmasse.

## 2.2 Begrifflichkeiten der Unpfändbarkeit

Die Unpfändbarkeit wird auch durch folgende synonyme Begrifflichkeiten beschrieben:

- Pfändungsfreiheit (pfändungsfrei)
- Gewährung von Vollstreckungsschutz
- Pfändungsschutz (pfändungsgeschützt)
- Dem Vollstreckungszugriff entzogenes Vollstreckungsobjekt (= Vermögenswert)

## 2.3 Wirkungen der Unpfändbarkeit

Die Unpfändbarkeit bewirkt, dass (nur!) der betreffende Vermögenswert nicht zur Gläubigerbefriedigung einzusetzen ist. Demnach unterliegt der unpfändbare Vermögenswert nicht dem Insolvenzbeschluss (§ 36 Abs. 1 InsO). Der Vermögenswert ist infolge der Unpfändbarkeit dem insolvenzfreien Vermögen des Schuldners zuzurechnen.

Die Unpfändbarkeit **beschränkt sich ausschließlich auf den betreffenden Vermögenswert** und setzt sich **nicht** an **Surrogaten** (= „Ersatzwerten“) fort.<sup>1</sup> Wenn aus unpfändbaren Mitteln neue Gegenstände angeschafft werden bzw. neue Ansprüche entstehen, unterliegen diese dem Insolvenzbeschluss<sup>2</sup>, es sei denn bezüglich des Surrogates greift ebenfalls Pfändungsschutz. Es gibt **keine negative Surrogation**.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. BGH v. 11.4.2013 – IX ZB 170/11; BGH v. 26.9.2013 – IX ZB 247/11; BGH v. 10.8.2022 – VII ZB 5/22

<sup>2</sup> Vgl. BGH v. 11.4.2013 – IX ZB 170/11; BGH v. 26.9.2013 – IX ZB 247/11; BGH v. 10.8.2022 – VII ZB 5/22; a.A. offenbar Grote, ZInsO 2018, 1541

## 3. Freigabe einzelner Vermögenswerte

### 3.1 Voraussetzungen der Freigabe

Soweit ein Vermögensgegenstand Bestandteil der Insolvenzmasse i. S. d. §§ 35 Abs. 1, 36 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 InsO ist, hat der Insolvenzverwalter dieses grundsätzlich (bestmöglich) zu verwerten. Das Insolvenzverfahren dient dem Zwecke der (bestmöglichen) gemeinschaftlichen Gläubigerbefriedigung (§ 1 Satz 1 InsO). In eben diesem Sinne kann es aber durchaus Situationen geben, in denen ein dem Insolvenzbeschluss unterliegender Gegenstand eben nicht bestmöglich (bisweilen gar nicht) verwertbar ist und/oder die Kosten, die mit der Verwaltung und Verwertung entstehen einen zu erwartenden Verwertungserlös übersteigen. In diesem Fall hat der Insolvenzverwalter in seinem durch § 1 Satz 1 InsO begrenzten Ermessen über die Freigabe des Vermögensgegenstandes aus dem Insolvenzbeschluss zu entscheiden.

Ein rechtlich schutzwürdiges Bedürfnis, dem Verwalter die Möglichkeit der Freigabe einzuräumen, besteht regelmäßig dort, wo zur Masse Gegenstände gehören, die wertlos sind oder Kosten verursachen, welche den zu erwartenden Veräußerungserlös möglicherweise übersteigen.<sup>3</sup> Die Einzelfreigabe einzelner Vermögensgegenstände ist demnach zulässig, bzw. unter der Maßgabe des § 1 Satz 1 InsO im Einzelfall geboten, damit die belastenden Masseverbindlichkeiten, die höher zu erwarten sind als ein etwaiger Verwertungserlös sich nicht zum Nachteil der Gläubigerbefriedigung auswirken.<sup>4</sup>

Voraussetzung einer jeden Freigabe ist demnach auch zunächst der Insolvenzbeschluss, demnach die Zugehörigkeit zur Insolvenzmasse, wobei infolge der Freigabe der Insolvenzbeschluss dauerhaft und jedenfalls für den Insolvenzverwalter einseitig unwiderruflich gelöst wird.<sup>5</sup>

### 3.2 Freigabebefugnis und Form der Freigabe

Die Freigabeerklärungsbefugnis liegt ausschließlich beim Insolvenzverwalter. Ein Insolvenzgericht kann zwar über die Unpfändbarkeit entscheiden (s.o.), jedoch keine Freigabewirkung beschließen.

<sup>3</sup> BGH v. 21.4.2005 – IX ZR 281/03

<sup>4</sup> Siehe auch BGH v. 21.4.2005 – IX ZR 281/03 sowie BVerwG v. 23.9.2004 – 7 C 23/03

<sup>5</sup> Wipperfurth, ZInsO 2020, 1359

Die Freigabeerklärung des Insolvenzverwalters ist formlos möglich und entfaltet als einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung mit Zugang der Erklärung beim Schuldner (§ 130 Abs. 1 BGB) ihre rechtliche Wirkung. Insbesondere ist bei der Freigabe von Grundstücken die Löschung des Insolvenzsperrvermerks im Grundbuch keine Wirksamkeitsvoraussetzung. Die Löschung des Insolvenzsperrvermerks nach Freigabe ist rein deklaratorisch i.S.d. Wiedererlangung der Verfügungsbefugnis des Schuldners.<sup>1</sup> Die Löschung des Sperrvermerks hat allerdings Indizwirkung. Ergibt sich aus einem Grundbuchauszug, dass ein Insolvenzvermerk gelöscht ist, kann daraus der Schluss gezogen werden, dass das Grundstück nicht mehr dem Insolvenzbeschluss unterliegt.<sup>2</sup>

### 3.3 Wirkungen der Freigabe

Infolge der Freigabe erlischt der Insolvenzbeschluss dauerhaft und unwiderruflich, der Schuldner erlangt die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis hinsichtlich des Vermögensgegenstands wieder.<sup>3</sup> Der freigegeben Vermögensgegenstand ist fortan dem insolvenzfremden Vermögen zuzurechnen.

Die Wirkungen der Freigabe (Aufgabe des Insolvenzbeschlags) **erstrecken sich ebenfalls auf Surrogate**.<sup>4</sup> Demnach sind die vom Schuldner aus freigegebenen Mitteln neu angeschafften Vermögenswerte nicht als Neuerwerb Bestandteil der Insolvenzmasse, auf etwaigen Pfändungsschutz kommt es insoweit nicht mehr an, da die Freigabewirkung bereits die fehlende Zugehörigkeit zur Insolvenzmasse besorgt.

### 4. Fazit

Die Unpfändbarkeit ergibt sich aus einer **gesetzlichen Bestimmung oder durch eine konstitutive Beschlussfassung des Insolvenzgerichts** als besonderes Vollstreckungsgericht. Der Insolvenzverwalter kann keine Unpfändbarkeitswirkung besorgen. Die Unpfändbarkeit bewirkt, dass (nur!) der betreffende Vermögenswert nicht dem Insolvenzbeschluss unterliegt (§ 36 Abs. 1 InsO). Die Unpfändbarkeit **beschränkt sich ausschließlich auf den betreffenden Vermögenswert** und setzt sich **nicht an Surrogaten** fort.

Die dhpg ist eines der führenden mittelständischen Prüfungs- und Beratungsunternehmen in Deutschland. Zur Verstärkung unserer stetig wachsenden Teams suchen wir an den **Standorten Aachen und Bonn Mitarbeiter** (m/w/d) für die **Insolvenzverwaltung** und **Verfahrensmanager** (m/w/d) für **Unternehmensinsolvenzen** in Voll- oder Teilzeit.

Darauf können Sie sich freuen: flexible Arbeitszeiten / mobiles Arbeiten / passende Weiterbildungsangebote / Jobrad-Leasing / zusätzliche Urlaubstage / freie Tage an Heiligabend und Silvester / kostenfreie Mitarbeiterparkplätze / Zuschuss zum Deutschlandticket

Sie fühlen sich angesprochen? Dann sollten wir uns unbedingt kennenlernen! Bitte geben Sie bei Ihrer Bewerbung Ihr mögliches Eintrittsdatum sowie Ihre Gehaltsvorstellung an.

Für Fragen steht Ihnen Tabea Burkard per E-Mail unter [karriere@dhpg.de](mailto:karriere@dhpg.de) gerne zur Verfügung.

Auf <https://www.dhpg.de/de/karriere> finden Sie alle Details zu uns und den Aufgaben.



<sup>1</sup> OLG Naumburg v. 12.11.2013 - 12 Wx 43/13, ZIP 2014, 836; OLG Zweibrücken v. 12.3.2013 - 3 W 164/12, NZI 2013, 952; OLG Celle v. 16.4.2015 - 4 W 57/15, ZIP 2015, 887

<sup>2</sup> BGH v. 30.8.2017 - VII ZB 23/14

<sup>3</sup> Vgl. u. a. BGH v. 10.2.2007 - IX ZR 17/05

<sup>4</sup> Gehrlein, ZInsO 2017, 1352 (1355); Wipperfurth, ZInsO 2019, 977; LG Duisburg v. 17.5.2018 - 8 O 182/17, ZInsO 2018, 1313

## Beispiel Unpfändbarkeit:

*Der Schuldner ist Eigentümer eines gem. § 811 Abs. 1 Nr. 1b) ZPO unpfändbaren und damit gem. § 36 Abs. 1 Satz 1 InsO nicht insolvenzbeschlagenen Pkw. Er veräußert diesen Pkw zu einem Kaufpreis in Höhe von 5.000 € während des Hauptverfahrens. Die Kaufpreisforderung ist als Neuerwerb Bestandteil der Insolvenzmasse.*

Die Freigabe kann nur durch den Insolvenzverwalter erklärt werden; eine Beschlussfassung des Insolvenzgerichts besorgt hingegen keine Freigabewirkung. Eine gesetzliche Freigabewirkung existiert daneben nicht. Infolge der Freigabe erlischt der Insolvenzbeschluss dauerhaft und unwiderruflich. Die Wirkungen der Freigabe (Aufgabe des Insolvenzbeschlages) **erstrecken sich ebenfalls auf Surrogate**.<sup>4</sup>

## Beispiel Freigabe:

*Der Schuldner ist Eigentümer eines vom Insolvenzverwalter wegen Wertlosigkeit freigegebenen Pkw. Der Schuldner veräußert diesen Pkw nach dessen Freigabe zu einem Kaufpreis in Höhe von 5.000 € während des Hauptverfahrens. Die Kaufpreisforderung ist als Neuerwerb **nicht** Bestandteil der Insolvenzmasse.*

## Seminare mit Sylvia Wipperfürth

### Delegation und die Vergütung des Insolvenzverwalters – Die Quadratur des Kreises?

am 7. April mit RiAG Dr. Graeber

### Lebensversicherung, Riesterrente & Co. – Altersvorsorgeprodukte in Zwangsvollstreckung und Insolvenz

am 29. April mit Prof. Dr. Frank Els

### Ungerechtfertigte Bereicherung der Insolvenzmasse als Masseverbindlichkeit (am Beispiel der typischen Fehlüberweisung): Auswirkung auf Verfahrensabwicklung, Schlussrechnung und Vergütung

am 5. Mai mit RiAG Dr. Graeber

### Tue Gutes und berichte davon! – Was Insolvenz-sachbearbeiter von Schlussrechnung und Vergütungsrecht wissen sollten!

am 8. Mai mit RiAG Dr. Graeber

### Darf's ein Nachschlag sein? – Nachtragsverteilung und Nachtragsvergütung!

am 26. Mai mit RiAG Dr. Graeber

### Schlussbericht – Anforderungen an den Schlussbericht aus Sicht des Schlussrechnungsprüfers und Restschuldbefreiung

am 2. Juni

### Die Synergie zwischen Rechnungslegung, Berichtswesen und Vergütung im Insolvenzverfahren

am 4. Juni mit RiAG Dr. Graeber

### InsO-Führerschein – Auftakt Insolvenzrecht

am 17. Juni

### Vergütungslehrgang – Sommer der InsVV 2025

23. bis 25. Juni mit RiAG Dr. Graeber

### Herzlich Willkommen im Insolvenzrecht – Der Einstieg in die Insolvenz-sachbearbeitung

3. bis 11. September

### Insolvenzverfahren auf der Zielgeraden: Schlussrechnung, Schlussbericht und Vergütungsantrag

17. & 18. September mit RiAG Dr. Graeber